

weitgefächerten Hinterland. Zugleich belegen die Biographien von Einzelpersonen und Familien den recht häufigen Übergang vom Handel zum Betrieb von Plantagen und damit auch vom zuvor schon nachweisbaren Besitz einzelner Versklavter zur Herrschaft über weit größere, dem geschäftsmäßigen Betrieb entsprechende Zahlen versklavter Menschen.

Diese eher lockeren Beziehungen wurden ab 1815 u.a. durch die Berufung von Konsuln – in der Regel prominente, in den jeweiligen Gebieten ansässige Kaufleute – formalisiert und „verstaatlicht“ (212ff). Diese Beziehungen führten auch zur Präsenz schwarzer Menschen in Bremen, die allerdings größtenteils auf Bremerhaven, die Basis des Seehandels, beschränkt blieb: Die räumliche Trennung begünstigte die soziale Segregation. Gleichzeitig sah sich der Bremer Senat mit britischen Anstrengungen konfrontiert, durch Kontrolle der Weltmeere das vertragsmäßig gesicherte Verbot des Versklavungshandels durchzusetzen. Die – wenigen – Fälle, in denen ein bremisches Schiff unter dem Vorwurf der Vertragsbrüchigkeit aufgebracht wurde, führten zu teils langjährigen Rechtsstreitigkeiten, die Hagedorn nachzeichnet, um aufzuzeigen, dass der Senat große Anstrengungen unternahm, bremische Kaufleute in Schutz zu nehmen. Andererseits sah sich der Senat gezwungen, sich mit der übermächtigen Seemacht Großbritannien zu arrangieren. Die Bremer Öffentlichkeit – repräsentiert durch Ansätze einer differenzierten Presselandschaft, aber auch teils unveröffentlichter Reiseberichte Bremer Bürger – nahm gängige Kontroversen über Sklaverei auf. Sie zeigte aber auch, dass die Beteiligten zumeist die Interessen ihrer Stadt, d.h. der führenden Handelshäuser, im Auge hatten und sich etwa angesichts Verschärfung der Konflikte um die Sklaverei in den USA eines „größtmöglichen Stillschweigens“ (471) befleißigten.

Hagedorn hat mit einer Fülle von Quellenmaterial eine beeindruckende Grundlage für die Revision vorherrschender Vorstellungen von einer eher geringen Verstrickung in Kolonialismus und insbesondere Sklaverei dort vorgelegt, wo diese nicht durch unmittelbare territoriale Herrschaft scheinbar handfester gegeben war. Es ist aber zu vermuten, dass die Verstrickung Bremens nachhaltiger war als etwa die Folgen der nur wenige Jahre aufrechterhaltenen preußischen Festung Großfriedrichsburg an der Küste des heutigen Ghana, die offenkundig dem Versklavtenhandel diente. Ein Widerspruch besteht darin, dass dies ein eigentlich sehr gut und eingängig geschriebenes Buch ist, aber leider offenbar die Endkorrektur entfallen ist, so dass zahlreiche Wiederholungen und ähnliche Fehler stehen geblieben sind. Dennoch: Die Lektüre lohnt sich, gerade auch zusammen mit Rediker.

*Reinhart Kößler*

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v44i2.28>

Kornelia Kończal & A. Dirk Moses (Hg.): *Patriotic History and the (Re) Nationalization of Memory*. London & New York, US-NY: Routledge 2023, 185 Seiten (<https://doi.org/10.4324/9781003394839>)

Die Anrufung von „Geschichte“ zu politischen Zwecken, insbesondere zur Stillstellung von Widersprüchen und rhetorischen Absicherung von Identitätsansprüchen

einschließlich der Feier einer glorreichen nationalen Vergangenheit ist eine lang etablierte Praxis – Shakespeares Königsdramen oder die deutsche Romantik einschließlich der Begründung der hiesigen Historikerzunft stehen dafür. Immer ging es dabei um Akzentsetzungen und sicher auch blinde Flecken sowie das Beschweigen von Sachverhalten, die das Bild störten. Die Beiträge des vorliegenden, 2022 zunächst als Schwerpunktheft des *Journal of Genocide Research* erschienenen Bandes verdeutlichen aber, dass in den letzten Jahrzehnten Anstrengungen, nationale Geschichtserzählungen nicht nur zu schönen, sondern „patriotisch“ umzuschreiben, verstärkt zu verzeichnen sind.

Die Beispiele reichen von für viele offenkundigen Fällen wie China, Indien, die Türkei, Ungarn oder Russland zu einigen, die – freilich nur scheinbar – weniger auf der Hand liegen mögen. Hier geht es um die Aushandlung des Gedenkens an den Holocaust gegenüber nationalen Geschichtserzählungen in der Ukraine oder in Polen oder die Akzentuierung der zwangsweisen Inkorporation der baltischen Staaten in die Sowjetunion ebenfalls gegenüber der eigenen Verstrickung in den Holocaust. Werden dabei unterschiedliche Spannungsverhältnisse zwischen Opfer- und Täter:innen-Positionen angesprochen, so zielt die Umschreibung der Geschichtserzählung in Frankreich, Italien und Deutschland sowie den USA vor allem auf die Verdrängung postkolonialer Perspektiven.

Die meisten Beiträge berichten – oft in der Art einer chronologischen Aufzählung – von der Einschränkung der Diskussionsräume, was nicht immer, aber häufig mit gesetzlichen Bestimmungen einhergeht, sehr oft aber mit dem Geschichtsunterricht und entsprechenden Lehrbüchern in Verbindung gebracht wird. Vielfach gilt, was *Tanika Sarkar* zu der nationalistischen Geschichtskonzeption der heute vorherrschenden *Hindutva* in Indien konstatiert: Ihr „konkreter Inhalt ... ist dünn, und darin liegt ihre Stärke“ (27). Wenn *Edward Vickers* seinen Überblick über die Unterdrückung von Diversität in der VR China mit der These schließt, diese folge dem „faschistischen Drehbuch“ (17), so erinnert dies zumindest daran, dass die teils bizarren Konstruktionen keinen Anlass geben, belächelt zu werden.

Der Verweis auf die dünne Faktenlage trifft gewiss auf die Verdrängung der kolonialen Vergangenheit aus dem öffentlichen Gedächtnis zu, die in Deutschland, Frankreich und Italien sehr unterschiedliche Formen annimmt. *Sabine Volk* sieht für Deutschland eine Verknüpfung der von ihr beobachteten Feier der Vereinigung, aber auch der Geschichte vor 1933 mit einer weitgehenden Ausblendung der kolonialen Vergangenheit zumal von konservativer Seite, einer auch sonst für Europa zu beklagende „koloniale Amnesie“. In Deutschland aber münde dies in „die neu aufgekommene Strategie, die Vergangenheitsaufarbeitung [or. dt.] zu instrumentalisieren, um patriotische Geschichte herzustellen“ (131). Dennoch biete diese Erfahrung noch immer die Chance einer „multidirektionalen Erinnerung“ im Sinne von Michael Rothberg. Für Frankreich zeichnet *Sébastien Ledoux* verschiedene hart umkämpfte Phasen der Vermittlung des nationalen Narrativs in den Schulen nach: Zentral war dabei lange Zeit die Ausblendung des Algerienkrieges (1954-1962) wie auch französischer Komplizenschaft beim Holocaust. Deutlichen Fortschritten stehen hier zumindest temporär erfolgreiche Initiativen entgegen, das Rad zurückzudrehen, am

deutlichsten in dem inzwischen aufgehobenen Gesetz von 2002, das die Vermittlung einer „positiven“ Rolle der Kolonialherrschaft verordnete (135f). *Mia Fuller* situiert das Herunterspielen und Beschweigen der massiven „Gräueltaten“ in italienischen Kolonien und Äthiopien in der übergreifenden Erzählung einer geringfügigen Beteiligung Italiens auch am Zweiten Weltkrieg angesichts des (zunächst vorübergehenden) Sturzes Mussolinis und des (teilweisen) Seitenwechsels 1943. Dies habe Anlass zu mehreren konkurrierenden Erzählungen gegeben. Fuller erinnert auch kurz an die konkreten, zumindest international oft wenig bekannten Kolonialverbrechen Italiens.

Die in Großbritannien und den USA tobenden Auseinandersetzungen um Vergangenheitsbilder, geradezu als *culture wars* bezeichnet, können hier bedenkliche Steigerungsmöglichkeiten aufzeigen. *Priya Satia* verweist auf die Schwierigkeiten, einen realistischen Blick auf den Kolonialismus in die Geschichte Großbritanniens und nicht allein des Empire oder Commonwealth einzuschreiben und geht dann auf das „naive“ Insistieren auf britischen Nationalstolz und die damit verbundene lautstarke Kampagne anlässlich des (möglichen) Sturzes von Statuen etwa von Cecil Rhodes als Vorkämpfer des britischen Imperialismus ein: „Die Debatte, wessen wir in Statuen gedenken, handelt davon, was wir wertschätzen; in Auseinandersetzungen über ‚Dinge‘ machen wir einen Lernprozess durch, eine Dekolonisierung des Kopfes.“ (155) Demgegenüber komme die selbsternannte „anti-woke“ Kampagne zur Prägung eines öffentlichen Geschichtsbildes offenkundig „ohne Historiker:innen“, d.h. ohne Sachverstand aus, erfreue sich aber seit nun vielen Jahren der Gunst und Unterstützung nicht nur der meist konservativen Massenmedien, sondern auch der Tory-Regierungen. Ähnliche Bestrebungen verfolgte in den USA die *1776 Commission* am Ende der Amtszeit von Donald Trump, ausdrücklich gerichtet gegen Positionen etwa des „1619 Project“, das sich zum Ziel gesetzt hat, Sklaverei und schwarze Präsenz im Geschichtsbild der USA zu verankern. Die *1776 Commission* wurde schnell aufgelöst, aber die Bestrebungen, eine im Sinne einer schwindenden „weißen“ Mehrheit „patriotische“ Erzählung von Ursprung und Entwicklung der USA gegenüber einer höchst diversen Wirklichkeit zu propagieren und alles andere als „woke“ oder „cancel culture“ zu diffamieren, dauern bekanntlich an, Dass es aber gerade im Fall der USA wie auch anderer Siedlergesellschaften mit der Anerkennung von Diversität längst nicht getan ist, zeigen *Jeffrey Ostler & Karl Jacoby* mit dem Hinweis, „dass die USA auf geraubtem Land errichtet wurden und dass dieser Enteignungsprozess mit Völkermord einherging“ (168). Mehr noch: 1776 als Beginn der Amerikanischen Revolution markiert nicht nur den Kampf gegen die Monarchie auf der anderen Seite des Ozeans, sondern zugleich „einen kolonialen Eroberungskrieg gegen die indigenen Völker Nordamerikas“, wie deutlich aus dem 27. Beschwerdeartikel der viel gerühmten Unabhängigkeitserklärung hervorgeht. Die Autoren erinnern u.a. auch daran, dass die massenhafte Vertreibung indigener Völker westlich der Appalachen im 19. Jahrhundert „nicht nur die Ausbreitung der Sklaverei ermöglichte“, sondern auch die Politik, die in der *Homestead Act* von 1862 gipfelte und Millionen freie Siedlerstellen erzeugte und „sich in das kollektive Gedächtnis Amerikas als zutiefst demokratische Maßnahme eingegraben hat“ (173). Man darf hinzufügen, dass kein geringerer als Karl Marx ebenfalls dieser Illusion aufgesessen

ist. Die Konsequenzen aus der Anerkennung sowohl der Sklaverei als auch des Landraubs als grundlegende Sachverhalte der US-Geschichte sind einschneidend, sowohl was die notwendige Einsicht als auch Versuche einer Wiedergutmachung betrifft. Propagandist:innen einer „patriotischen“ Erzählung haben es hier kurzfristig einfacher, und das macht auch ihre Gefährlichkeit nicht nur in den USA aus.

Bleibt anzumerken, dass dieser verdienstvolle Band bei aller Vielfalt und auch angesichts der unbestrittenen Notwendigkeit, eine Auswahl zu treffen, doch eine auffällige regionale Blindstelle aufweist: Es war der große Afrika-Historiker Terence Ranger, der bereits 2004 nachdrücklich auf den Unterschied einer „patriotischen Geschichte“ und einer „Geschichte der Nation“ hinwies, und zwar unter Bezug auf Zimbabwe, das hier wahrhaftig als unverzichtbares Lehrstück gelten kann.

Reinhard Kößler

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v44i2.29>

Brigitte Studer: *Reisende der Weltrevolution*. Berlin: Suhrkamp Verlag 2024, 618 Seiten

jour fixe initiative berlin (Hg.): *Kreolische Konstellationen. Kolonialismus, Imperialismus, Internationalismus*. Berlin: edition assemblage 2023, 168 Seiten

*Brigitte Studer*, Professorin für neueste Geschichte, hat ein voluminöses Werk über die Entstehung, Entwicklung und den Kampf der kommunistischen Internationale (KI) geschrieben. Jahrelang hatte sie im Russischen Staatsarchiv in Moskau recherchiert; ihr stand eine Goldgrube von 1,5 Millionen „Archiveinheiten“ zur Verfügung. Ergänzend benutzte sie zahlreiche Memoiren, Autobiographien, Tagebücher, Briefe der KI-Mitarbeiter/innen sowie publizierte Quellen.

Mit einem weltweiten Netzwerk und insgesamt etwa 80 kommunistischen Parteien als Mitglieder war die KI eine beispiellose antikoniale und antiimperialistische internationale Organisation. Schon auf dem Gründungskongress hatten Lenin und Trotzki „die Kolonialsklaven Afrikas und Asiens“ (15) zum Kampf aufgerufen. Durch ein internationalistisches Engagement der Kommunist/innen sollten der Kapitalismus, die Klassengesellschaft, der Kolonialismus, die Frauenunterdrückung und der Rassismus überwunden werden (ebd.). Neben Moskau galt Berlin als ein wichtiger Treffpunkt von kommunistischen und national-revolutionären Persönlichkeiten aus aller Welt (54).

Das Buch ist eigentlich ein *who is who* der Mitglieder der im Jahre 1919 gegründeten KI. Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen einzelne KI-Funktionär/innen, ihr Kampf und ihre Erfahrungen. In den Dokumenten waren circa 800 KI-Funktions-träger/innen registriert. Die neueste Forschung einer deutsch-russischen Gruppe ergab, dass es etwa 30.000 weltweit gewesen sind. In der Zentrale der KI in Moskau waren in der Regel 400 bis 500, in den Spitzenzeiten sogar bis zu 800 Personen tätig (29). Als hochrangige Funktionäre werden der Georgier Georgi Dimitrov, der Italiener Palmiro Togliatti und der Deutsche Walter Ulbricht genannt. Studer beschreibt die